

Grundeinkommen – Bürgergeld

Geld vom Staat für alle

von Alban Knecht (unter Mitarbeit von Philipp Catterfeld)

(zuerst erschienen in: *Landspiegel*, H. 1, S. 51–57)

Zugang über: <http://www.albanknecht.de/publikationen.html>

Permanente Adresse der akt. Version: <http://www.albanknecht.de/publikationen/grundeinkommen-buergergeld-geld-vom-staat-fuer-alle.pdf>

Von der Idee sind viele fasziniert: Statt umständlich zu überprüfen, ob jemand wirklich berechtigt ist Hilfe zu bekommen, tritt der Staat einfach mal in Vorkasse und unterstützt jeden monatlich und unbeding. Dieses Grundeinkommen oder Bürgergeld könnten wir uns sogar leisten. Aber würden wir uns auch vertrauen?

Sollte man nicht jeden Menschen einfach deshalb unterstützen, weil er existiert? Ihn also in seiner Existenz absichern, um seine Würde vor widrigen wirtschaftlichen Bedingungen zu schützen, ja, um ihm seine Freiheit zu garantieren, ohne danach zu fragen, was er kann oder tut oder arbeitet? Konkret hieße das: Würden wir jedem Mitglied unserer Gesellschaft von dem großen Ganzen seinen Teil abgeben, einfach so?

Die Idee, Menschen zu unterstützen, ohne nach ihren Lebensbedingungen und Ambitionen zu fragen, ist nicht neu. Bereits 1796 sprach sich der britische Publizist Thomas Paine dafür aus, einen Teil der Erträge aus der Landwirtschaft an alle Menschen zu verteilen – schließlich gehöre die unkultivierte Erdoberfläche allen: Von den Erträgen, die die Landwirte dem Boden durch Kultivierung abtrotzen, müsse folglich ein Teil auch allen zu Gute kommen und dementsprechend umverteilt werden. Eine faszinierende Idee, die seitdem von vielen Philosophen und Ökonomen weitergesponnen wurde.

In letzter Zeit dreht sich diese Debatte um die Begriffe Grundeinkommen oder Bürgergeld. Zwei Begriffe, die beide dafür stehen, allen Menschen eine finanzielle Grundsicherung zu gewährleisten. Beim Grundeinkommen soll jedem Bürger monatlich ein Betrag mindestens in Höhe des Existenzminimums zur Verfügung gestellt werden – diskutiert werden Beträge bis zu 1.000 Euro. Jeder soll dieses Geld bekommen, unabhängig davon, wie er sozial gestellt ist, und unabhängig davon, für was er es verwenden will. Als Sozialtransfer könnte so ein unbedingtes Grundeinkommen viele andere Sozialstaatsleistungen ersetzen: Arbeitslosengeld I, Hartz-VI, Rente, BaföG oder die Zuwendungen an die Landwirte. In unserem Sozialstaat verwalten mehr als 40 Behörden etwa 150

verschiedene Geldleistungen – viele von ihnen könnten durch diese eine Pauschalleistung ersetzt werden. Der Verwaltungsaufwand würde sich enorm verringern.

Zwei mögliche Varianten der Auszahlung werden unterschieden: Ein Grundeinkommen, das am Anfang eines Monats an jeden in gleicher Höhe ausbezahlt wird, bezeichnet man als Sozialdividende. Jedes zusätzliche Einkommen wird dann ab dem ersten Euro besteuert. Dabei sind Steuersätze bis zu 50 Prozent im Gespräch, die viele deswegen nicht schockieren, weil ja jedem bereits das Grundeinkommen zur Verfügung steht. Bei der zweiten Variante wird das erzielte Einkommen mit der Sozialdividende verrechnet: Wer wenig oder nichts verdient, erhält einen Zuschuss. Wer ausreichend oder viel verdient, zahlt Steuern. Da die Auszahlung von Sozialleistungen und die Erhebung der Steuern in ein System integriert sind, spricht man im Falle einer Auszahlung von einer negativen Einkommensteuer. Diese Art des Bürgergeldes hat der Ökonom und Nobelpreisträger Milton Friedman 1962 entwickelt.

In der kurzen Hochphase des Wohlfahrtsstaats zwischen Mitte der sechziger Jahre und der ersten Ölkrise 1973 schien ein großzügiger Wohlfahrtsstaat denkbar. Damals plädierte auch der Philosoph und Sozialpsychologe Erich Fromm für ein garantiertes Einkommen für alle. Im Zeitalter des wirtschaftlichen Überflusses, so Fromm 1966, ist es möglich, dass sich die Menschen von dem Prinzip: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“, lösen können. „Ein garantiertes Einkommen, das im Zeitalter des wirtschaftlichen Überflusses möglich wird, könnte zum ersten Mal den Menschen von der Drohung des Hungertods befreien und ihn auf diese Weise von wirtschaftlicher Bedrohung wahrhaft frei und unabhängig machen.“

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde die Sozialbenachteiligten davon befreien, ihre Defizite unter Beweis stellen zu müssen. Niemand mehr muss sich als alt, krank oder behindert identifizieren, um die Rechte auf die ihnen zustehenden Sozialleistungen zu begründen. Keiner muss mehr seine Defizite kultivieren, seine Schwächen pflegen, aus Angst davor, ohne diese Rechtfertigungen völlig aus der Gesellschaft zu fallen. Jeder darf frei von Makel sein, darf sich trotz und mit Handicap ausprobieren. Jeder könnte seine existentielle Sicherheit genießen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde außerdem unsere Einstellung zur Arbeit fundamental ändern. Vielleicht bestände aufgrund des garantierten Grundeinkommens die Möglichkeit, den Job zu kündigen, obwohl noch kein anderer in Aussicht steht. Tatsächlich gehen Untersuchungen davon aus, dass heute die Hälfte aller Arbeitnehmer sowieso nur Dienst nach Vorschrift leistet; ein Fünftel hat bereits innerlich gekündigt. Wenn der Arbeitnehmer die Freiheit hat, seinen Job hinzuschmeißen, begegnen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber plötzlich auf gleicher Augenhöhe. Nachdem sie vom Erwerbszwang befreit sind, können beide freier wählen, ob und mit wem sie zusammenarbeiten wollen. Beide haben einen größeren Spielraum, ihre Tätigkeit unter moralischen Gesichtspunkten zu betrachten. Durch die Grundsicherung würden wir uns im Bereich der Arbeit also Entscheidungsfreiheiten annähern, die wir in der politischen Sphäre für selbstverständlich halten – frei nach Brecht: Fressen garantiert, Moral für alle!

Wenn die Menschen in Zukunft selbst entscheiden können, welche Arbeit für sie zumutbar ist oder ob sie überhaupt arbeiten wollen, bleiben diejenigen vom Arbeitsmarkt weg, die die besten Gründe dafür haben: Alleinerziehende Mütter und Väter, Kinder, die ihre Eltern pflegen, fleißige Studenten, kreative Künstler, lässige Surfer. Arbeit wäre kein Zwang mehr. Eine Tatsache, die unser Verständnis von Arbeit völlig umdeuten würde. Denn unter diesen Vorzeichen wären Menschen auch ohne Erwerbsarbeit wertvoll. Ein genügend hohes Grundeinkommen könnte die Geburtenrate steigen lassen. Und wer faul ist, der arbeitet eben nicht – ja, man wagt es kaum, auszusprechen: Arbeitslose dürfen glücklich sein.

Auch wenn keiner mehr zur Arbeit gezwungen wird, muss man nicht unbedingt um die Produktivität der Gesellschaft fürchten. Die Menschen, die arbeiten wollen, sind stärker motiviert, zumal man davon ausgehen kann, dass die Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen immer mehr verbessern werden. Vielleicht nutzen einige ihre finanzielle Unabhängigkeit dazu, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Wer gleichberechtigt zusammenarbeiten möchte, kann sich an der Entstehung eines genossenschaftlichen Betriebs beteiligen. Und nicht nur der Soziologe Ulrich Beck sieht neue Chan-

cen für Gesellschaft und Demokratie, denn die Menschen können das Bürgergeld als Basisfinanzierung für Bürgerarbeit nutzen. Darunter versteht Beck die Realisierung gemeinnütziger Projekte, mit denen brisante Gesellschaftsprobleme angegangen werden: So „entstehen neue, attraktive Arbeitsplätze im Zwischenraum von Staat und privater Wirtschaft, die eine experimentelle Kultur schaffen, schöpferischen Ungehorsam ermöglichen, soziale Identität stiften und die alltägliche Demokratie beleben. Bürgerarbeit kann zum Beispiel dem Zerfall der Innenstädte und des öffentlichen Raumes entgegenwirken, Wege zum Energiesparen aufzeigen, eine Bastel-Kultur technischer Innovationen ermutigen, Konflikte mit Fremden abbauen, kurz Unternehmergeist mit Gemeinwohlorientierung verbinden.“ Auf diese Weise ließen sich hochindustrielle Branchen genauso retten wie dahin vegetierende Landstriche, das marode Duisburg genauso wie das strukturschwache Niederbayern.

Aber würde nicht alles ganz anders kommen? Wie stellen wir uns denn ein Leben ohne Einkommenszwang vor? Vormittags ausschlafen, Schwimmen gehen, Zeitung lesen, brunchen? Danach ein kleiner Verdauungsspaziergang, vielleicht ein Museumsbesuch, ein Buch? Dann aber ab in die Kneipe: Etwas essen und viel Bier trinken – natürlich nicht, ohne mit anderen Besuchern ausführlich über die wichtigsten tagespolitischen Themen zu debattieren, über den Museumsbesuch Bericht zu erstatten und ein oder zwei Bonmots über Moritz von Uslars neues Buch *Deutschboden* zu verlieren. Danach lassen wir uns von einem Taxifahrer, der aus irgendeinem Grund keine Grundeinkommensberechtigung hat, nach Hause bringen. Dass wir so unfähig sind, uns etwas anderes vorzustellen, als auf diese Weise nach drei Wochen dem Alkohol zu verfallen, das zeigt nur, wie unfähig wir sind, unsere Freiheit zu denken. Geht es uns wie Legebatteriehennen, die auf einem Biobauernhof ausgesetzt werden?

Vielleicht ähnelt unsere Situation doch eher der einer Schulklasse, die eine neue Lehrerin bekommt. Eine Lehrerin, die im Sinne der Montessori-Pädagogik auf den Zwang zum Lernen verzichtet, die wie Maria Montessori die Freiheit in die Erziehung einführt: „Ihr müsst nicht lernen, wenn ihr nicht wollt.“ Laut und selbstbewusst wie wir sind, ist das natürlich erst einmal eine unglaubliche Provokation: Nicht-Lernen-Müssen, Nicht-Arbeiten-Müssen. Das muss natürlich erst einmal ausprobiert werden. Aber nach ein paar Wochen – und das prophezeien viele Pädagogen (und eigentlich alle Befürworter des Grundeinkommens) – werden wir anfangen, uns in der Freiheit einzurichten, und verstehen, dass *wir* lernen oder arbeiten wollen, ganz ohne äußerlichen Druck. Doch weil es diesmal ohne Zwang geschieht, müssen *wir* dafür Verantwortung übernehmen, unser Tun könnte deshalb sogar intensiver und produktiver sein als zuvor – zwei Eier pro Tag? Und wenn alle alles gerne tun, wenn sich jeder seine Aufgaben selber stellt, dann sind wir in einer Montessori-Gesellschaft angekommen.

Erich Fromm beschreibt 1966 den gesellschaftlichen Entwicklungsschritt, der notwendig ist, um das bedingungslose Grundeinkommen für alle, also vor allem auch für die anderen zu akzeptieren, so: „Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus (was man auf der ganzen Welt am intensivsten in Bauernkulturen beobachten kann). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität. Tatsache ist jedoch, dass die meisten Menschen psychologisch immer noch in den ökonomischen Bedingungen des Mangels befangen sind, während die industrialisierte Welt im Begriff ist, in ein neues Zeitalter des ökonomischen Überflusses zu treten.“ Wie recht Fromm hatte, zeigt sich, wenn man bedenkt, dass sich von 1970 bis heute das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands (also der Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres hergestellt wurden) fast verdoppelt hat, die Psychologie des Mangels aber trotzdem unsere öffentliche Diskussion prägt wie nie zuvor. Schuld daran, folgt man der Argumentation Fromms, ist der *homo consumens*. Dieser ist unersättlich. Und da er seine „innere Leere mit einem ständigen, stets wachsenden Konsum zu kompensieren“ versucht, leidet er fortwährend an einem Mangelgefühl. Das heißt, dass der *homo consumens*, obwohl er im Zeitalter des ökonomischen Überflusses lebt, immer einer Psychologie des Mangels verhaftet bleiben wird, die – wie gesagt – Angst, Neid und Egoismus erzeugt. Würde der *homo consumens* seine „wahren“ Bedürfnisse erkennen – also alles was ihn als Menschen in

seiner Lebendigkeit, Wachheit und Produktivität fördert –, müsste er sich nicht mehr wie ein Konsumjunkie zudröhnen, sondern könnte optimal im Sinne seiner Bedürfnisse konsumieren. Einer Psychologie des Überflusses stünde nichts mehr im Wege. Menschen, die dieser Psychologie folgen würden, wären bereit, ihren Mitmenschen zu vertrauen und sich mit ihnen solidarisch zu zeigen.

Die Solidarität der Bürger füreinander ist in modernen Gesellschaften sozialstaatlich organisiert. Der Staat regelt als ordnende Hand die Beziehung zwischen den Bürgern. Dabei spielt vor allem das wechselseitige Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und Staat eine Rolle. Auf der einen Seite erhebt der Staat von den Bürgern Steuern, um damit sozial Benachteiligten zu helfen. Ist die Mehrheit der Bürger mit diesen Hilfeleistungen nicht einverstanden, verliert sie das Vertrauen in den Staat und wählt die Regierung ab. Auf der anderen Seite verabschiedet die Regierung Gesetze, die Rechtsansprüche garantieren. Immer wenn Defizite gemäß diesen Rechtsansprüchen nachgewiesen werden können, muss der Staat unterstützend eingreifen. In den letzten Jahrzehnten zeigt sich allerdings, dass der Staat immer weniger Vertrauen in die betroffenen Bürger hat und die Gewährung von Leistungen an immer striktere Bedingungen knüpft. Wer heute ein Anrecht auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder bei Hartz-IV hat, muss mehr denn je seine Motivation und seinen Willen zur Arbeit unter Beweis stellen. Aber auch die Betroffenen trauen dem Staat nicht mehr, sonst würden nicht so viele gegen ihre Hartz-IV-Bescheide klagen – meistens erfolgreich. Zudem wenden sich viele sozial mitfühlende Bürger gegen das staatlich forcierte Bashing von Arbeitslosen und Armen, also gegen Armutsdiskriminierung und gegen Nützlichkeitsrassismus.

Das bedingungslose Grundeinkommen geht hier einen anderen Weg. Es ist definitionsgemäß an keine Bedingungen geknüpft. Der Jahrhunderte alte Unterschied zwischen den unwürdigen Armen, die nur ihrer Faulheit wegen anderen auf der Tasche liegen, und den wahrhaft Bedürftigen, denen unbedingt geholfen werden sollte, löst sich damit in Luft auf. Der Staat, der vorher zwischen den Steuerzahlern und Hilfeempfängern vermittelt hat, zieht sich aufgrund der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens aus diesem doppelten Vertrauensverhältnis zurück. Seine Aufgabe reduziert sich auf die einer auszahlenden Bank. Ein System, in dem der Staat die Kontrolle aufgibt, wird allerdings ein größeres Vertrauen der Bürger füreinander benötigen, aber auch ermöglichen: Im besten Falle spüren wir die Solidargemeinschaft – jeder darf die gemeinschaftlich geschaffene Sicherheit des Grundeinkommens (mit-)erleben.

Dabei würde unser Vertrauen auf die unterschiedlichsten Arten herausgefordert. Oft würden wir uns in unserer bedingungslosen Solidarität bestätigt fühlen. Vermutlich kennt jeder eine ältere Dame, einen alten Herren, dem es mit 800 Euro mehr bedeutend besser gehen würde: Viele verschämte, alte und arme Menschen trauen sich nicht, den Staat zu beanspruchen, und würden eher bis zu ihrem Lebensende Pfandflaschen sammeln oder selbstgezogenes Gemüse essen, als auch nur einmal den Gang aufs Amt zu wagen. Das Grundeinkommen würden sie automatisch erhalten. Und sie könnten so ein menschenwürdigeres Leben führen. Aber es würde auch Menschen geben, die sehr viel mehr Geld für die Befriedigung ihrer Süchte ausgeben würden. Während wir heute blind und ein bisschen naiv darauf hoffen, dass wir diesen Menschen helfen, indem wir Hartz-IV kürzen und die Zigarettenpreise erhöhen, müssten neue Wege der Hilfe gefunden werden, die an den tatsächlichen Problemen ansetzen. Würde es also das bedingungslose Grundeinkommen wirklich geben, würde man die Frage nach der Legitimität der Unterstützung zumindest insgeheim immer wieder hinterfragen: Arbeitet der eigentlich? Was macht die überhaupt? Beziehungsweise: Der geht's so gut, dass die sich nicht schämt, nicht zu arbeiten! Oder vielleicht sogar: Der sieht so abgeschafft aus, der könnte jetzt aber auch mal aufhören zu arbeiten, und die Jungen ranlassen! Glücklicherweise diejenigen, die ihr bedingungsloses Grundeinkommen mit gutem Gewissen beziehen.

Unser Denken scheint also, wie es Fromm beschrieben hat, von einer Psychologie des Mangels geprägt. Und der steigende Reichtum der westlichen Welt ändert daran nichts. Von der Ölkrise 1973 bis zur Finanzkrise 2008: Die Weltgesellschaft wird immer wieder erschüttert. Und obwohl wir eigentlich immer reicher werden, lässt die öffentliche Hysterie, die Hysterie des Mangels, keinen Platz für Solidarität: Die Löhne werden gedrückt, die Sozialausgaben werden gekürzt und die Armut nimmt zu. Nie ist die Angst davor, dass andere den Sozialstaat missbrauchen, so groß wie in

der Krise. Der Staat stimmt lautstark in den Missbrauchsdiskurs mit ein und antwortet mit zunehmendem Zwang: Hartz-IV-Empfänger werden gegen ihren Willen zur Arbeit gezwungen, obwohl das Grundgesetz Zwangsarbeit verbietet. Kritiker vergleichen den Umgang mit Hartz-IV-Empfängern mit offenem Justizvollzug.

Gehen wir einmal davon aus, dass wir uns das Grundeinkommen wirklich leisten wollen: Jeder Erwachsene erhält zum Beispiel 800 Euro, jedes Kind 400 Euro. Bei 65 Millionen Erwachsenen und 15 Millionen Kindern in Deutschland würde das 58 Milliarden im Monat, also fast 700 Milliarden Euro im Jahr kosten. Wollte man diesen Betrag alleine über eine Einkommensteuer finanzieren, so müsste ein einheitlicher Steuersatz allein dafür 50 Prozent betragen – das Grundeinkommen bliebe dabei unversteuert. Von 1000 Euro, die jemand verdient, würden ihm also 500 Euro bleiben; dazu kämen noch 800 Euro Grundeinkommen; das wären insgesamt 1300 Euro. Würde er 1600 Euro verdienen, bezahlt er 800 Euro Steuern; gleichzeitig würde er wieder 800 Euro Grundeinkommen bekommen; er wäre also wieder bei 1600 Euro. Bei einem Einkommen von 3200 Euro würden ihm unterm Strich (1600 plus 800) 2400 Euro bleiben – und so weiter.

700 Milliarden, soviel Geld wird heute schon für die sozialen Sicherungssysteme (inklusive Gesundheit) ausgegeben. Das heißt, wir könnten uns das Grundeinkommen prinzipiell leisten, wenn alle anderen Staatsausgaben über andere Steuern finanziert werden würden. Diese Rechnung macht aber auch zwei Sachen deutlich. Erstens: Vom Grundeinkommen werden nicht alle Bürger dieses Landes profitieren – viele werden mehr Steuern bezahlen müssen. Allerdings genießen auch diese die finanzielle Sicherheit des Grundeinkommens. Zweitens: Ein ausreichendes Grundeinkommen ist nur finanzierbar, wenn weiterhin eine hohe gesellschaftliche Wirtschaftsleistung erzielt wird. Die Einführung eines Grundeinkommens mag also euphorisch herbeigesehnt werden, nüchtern betrachtet ist sie eine ernste Angelegenheit: Können wir wirklich darauf vertrauen, dass nur so viele zu arbeiten aufhören, wie wir uns leisten können? In dem Moment nämlich, in dem wirklich zehn Prozent keinen Bock mehr auf Arbeit haben und die besteuerten Einkommen daraufhin zurückgehen, trägt das oben beschriebene Finanzierungsmodell nicht mehr.

Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre: Das Grundeinkommen wird eingeführt, die Unternehmen gewöhnen sich an, Dumpinglöhne zu zahlen, da sich die Arbeitnehmer ja von ihrem Grundeinkommen ernähren können. Auch das würde dazu führen, dass die zu besteuerten Einkommen sinken, und die Finanzierung des Grundeinkommens nicht mehr gewährleistet wäre. Der Staat hätte nur noch zwei Schrauben, an denen er drehen könnte: Auf der einen Seite kann er den Steuersatz erhöhen, zum Beispiel auf 70 Prozent. Der Anreiz zu Arbeiten würde entschieden nachlassen. Die Steuereinnahmen sinken. Auf der anderen Seite kann er das Grundeinkommen senken. Wenn aber das Grundeinkommen nicht mehr existenzsichernd ist, würden nun noch mehr Menschen in schlecht bezahlte Jobs gezwungen. Da bisherige Leistungen wie Rente, Arbeitslosengeld, Bafög und Hartz IV im Grundeinkommen aufgegangen sind, hat nun der Staat keine Möglichkeit mehr, auf konkrete Bedürfnisse speziell einzugehen. Das wäre das Ende des Sozialstaats, wie wir ihn kennen.

Die Einführung des Grundeinkommens ist also nicht ganz unproblematisch. Trotzdem sind in allen Parteien Befürworter zu finden. Möglicherweise hat diese geteilte Euphorie Gründe in einer Ästhetik der Erhabenheit: Alle Töpfe, aus denen der Sozialstaat im Moment noch schöpft, werden zusammengeschüttet in den riesigen Topf „Grundeinkommen“ – alle bürokratischen Hemmnisse, Armut zu bekämpfen werden durchbrochen, der „Freie Fluss der Leistungen“ überschwemmt uns förmlich mit Glück. Die unvorstellbare Größe des Topfes „Grundeinkommen“ und der „Freie Fluss der Leistungen“ regen unsere Vorstellungskraft so sehr an, dass wir jedem daraus abgeleiteten Argument zumindest aufgeschlossen gegenüberstehen. So gesehen ist es dann kein Wunder, wenn sich die Modelle Grundeinkommen oder Bürgergeld als Mogelpackungen entpuppen, in der sich so allerhand unterbringen lässt. Von links hört man „Grundeinkommen“ und „bürgerliche Emanzipation“, gemeint ist: Umverteilung! Die Liberalen sagen: „Bürgergeld“, und hoffen insgeheim, dass die Lohnnebenkosten wegfallen und der Sozialstaat sich selbst abschafft.

Aber haben wir wirklich alles bedacht, könnte es nicht doch sein, dass das Grundeinkommen so positiven Nebenfolgen haben könnte, dass wir unmöglich auf es verzichten sollten? Nun: 800 Euro Grundeinkommen sind in einer Stadt wie München oder Hamburg nicht soviel Geld, dass man davon wirklich gut leben könnte. Die Mieten allein schon sind viel zu hoch. Auf dem Land jedoch würde man mit 800 Euro bedeutend besser über die Runden kommen als in der Großstadt. Möglicherweise kann man dort sogar etwas Subsistenzwirtschaft betreiben und selbst etwas Gemüse anbauen, herrenlose Obstbäume abernten (siehe Landspiegel 12/2010) oder sich als Erntehelfer nützlich machen. Durch eine massive Stadtfucht würden die Mieten in den Großstädten eventuelle sogar weniger stark steigen. Auf dem Land aber würde überall dort, wo die Mietenspiegel niedrig sind, eine neue, hippieske Landbevölkerung aus dem Boden sprießen. Landkommunen würden verlassene Höfe entern. Die Möglichkeiten, die in dem Grundeinkommen stecken, könnten sich dort potenzieren, Kinder wären ausdrücklich erwünscht – kurz: Deutschlands Landschaften würden wieder aufblühen.

Allerdings muss die Frage erlaubt sein, ob der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer Psychologie des Überflusses, wie sie Erich Fromm schon in den Sechzigern beschrieb, nicht auch einfacher umgesetzt werden kann. Eine höhere Besteuerung der Spitzenverdiener würde den Arbeitsanreiz im oberen Bereich verringern. Arbeit würde so gleichmäßiger verteilt. Das Geld könnte man ja in Bildung investieren. In jedem Fall könnte man *allen* armen Kindern in Deutschland *jeden* Tag einen Apfel, eine Brezel und einen Kakao zukommen lassen. Bei fast zwei Millionen Kindern, die Hartz IV beziehen, würde das übrigens nur eine Milliarde Euro im Jahr kosten.

Von Alban Knecht

www.albanknecht.de, www.buergergeld.net

Interviews mit Katja Kipping und Prof. Dr. Andreas Pinkwart über Bürgergeld und Grundeinkommen

Interviewer: Alban Knecht und Philipp Catterfeld

(zuerst erschienen in: Landspiegel, H. 1, S. 58)

Zugang über: <http://www.albanknecht.de/publikationen.html>

Permanente Adresse der akt. Version: <http://www.albanknecht.de/publikationen/grundeinkommen-buergergeld-geld-vom-staat-fuer-alle.pdf>

<p>Katja Kipping (DIE LINKE), Abgeordnete im Bundestag, im Interview für das Dossier Bürgergeld / Grundeinkommen für die zweite Ausgabe des „Landspiegel“ (1/2011)</p>	<p>Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP), Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen im Interview für das Dossier Bürgergeld / Grundeinkommen für die zweite Ausgabe des „Landspiegel“ (1/2011)</p>
<p>Wie sieht das Grundeinkommenskonzept von DIE LINKE aus?</p> <p>Fünzig Prozent des Volkseinkommens werden von oben nach unten umverteilt werden (Gewinner: alle unter einem Bruttoeinkommen von 7.000 Euro monatlich). Das Grundeinkommenskonzept ist verbunden mit einem Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Bürgerversicherungen, mit dem Ausbau und tlw. kostenfreien Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen, der Durchsetzung der Geschlechtergerechtigkeit und dem ökosozialen Umbau der Gesellschaft, mit einer radikalen Demokratisierung des Finanz- und Wirtschaftsbereiches und der Öffentlichkeit.</p>	<p>Wie sieht das Bürgergeldkonzept der FDP aus?</p> <p>Durch unser Bürgergeldkonzept werden die vielen verschiedenen Sozialleistungen, die wir heute haben, viel unbürokratischer und gerechter. Es bündelt sie an einer Stelle: Wer arbeitsfähig ist, erhält sein Bürgergeld über die Finanzämter, die es als Negativsteuer berechnen. Wer aus eigener Kraft kein Einkommen erzielt, erhält das Bürgergeld bedarfsabhängig direkt über die Kommunen.</p>
<p>Wie hoch sollte die Transferleistung sein?</p> <p>Rund 1.000 Euro netto ab dem 16., rund 500 Euro unter dem 16. Lebensjahr – plus kostenfreie Kranken- und Pflegeversicherung für ausschließlich das Grundeinkommen Beziehende.</p>	<p>Wie hoch sollte die Transferleistung sein?</p> <p>Wir wollen die Höhe der Hartz-IV-Sätze nicht unterschreiten, außerdem soll es mehr kostenlose Sachleistungen geben. Wer sich Geld hinzuverdient soll außerdem netto mehr von seinem Lohn behalten dürfen, damit sich die persönliche Anstrengung auch lohnt.</p>

<p>Welche Bedingungen knüpfen Sie an die Auszahlung?</p> <p>Keine, es ist ja ein Grundeinkommen! Der Erstwohnsitz muss allerdings in Deutschland sein.</p>	<p>Welche Bedingungen knüpfen Sie an die Auszahlung?</p> <p>Die bisherigen Regelungen sind ausreichend, die Frage ist nur, wie sie umgesetzt werden. Wer arbeitsfähig ist, sollte auf staatliche Hilfe grundsätzlich nur Anspruch haben, wenn er auch zur Gegenleistung bereit ist.</p>
<p>Wie soll das Grundeinkommen finanziert werden?</p> <p>Durch Einsparungen von vielen steuerfinanzierten Sozialleistungen, eine 35-prozentige Grundeinkommensabgabe auf alle Bruttoprimäreinkommen (die bisherige Einkommensteuer wird dafür gesenkt, 12.000 Euro einkommensteuerfrei, eine Einkommensteuerklasse), eine Sachkapital-, Primärenergie-, Börsen- und Luxusumsatzabgabe sowie eine Abgabe für Finanztransaktionen.</p>	<p>Wie soll das Bürgergeld finanziert werden?</p> <p>Ich gehe davon aus, dass sich staatliche Mehreinnahmen ergeben, da ja die Sozialkosten insgesamt sinken, wenn mehr Menschen arbeiten.</p>
<p>Falls das Grundeinkommen wirklich kommt, wie wird sich, glauben Sie, unsere Gesellschaft verändern?</p> <p>Das Gesamtkonzept zielt auf eine demokratisierte, ökologisch gestaltete und geschlechtergerechte Gesellschaft. Befördert werden sollen individuelle Freiheit und Fähigkeitsentwicklung sowie solidarische Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gesellschaft für jede und jeden. Kreativität und gemeinwohlförderliche Produktivität können sich entwickeln.</p>	<p>Falls das Bürgergeld wirklich kommt, wie wird sich, glauben Sie, unsere Gesellschaft verändern?</p> <p>Die Mitte unserer Gesellschaft, also diejenigen, die den Karren ziehen, rücken wieder mehr in den Fokus. Schließlich sind sie es, die mit ihrer Arbeitsleistung einen so großartigen Sozialstaat, den wir uns weiter leisten wollen, finanzieren.</p>

Unbedingt überall

von Philipp Catterfeld (unter Mitarbeit von Alban Knecht)

(zuerst erschienen in: *Landspiegel*, H. 1, S. 59–61)

Zugang über: <http://www.albanknecht.de/publikationen.html>

Permanente Adresse der akt. Version: <http://www.albanknecht.de/publikationen/grundeinkommen-buergergeld-geld-vom-staat-fuer-alle.pdf>

Bereits Thomas Morus hat in dem Roman „Utopia“ argumentiert, dass Diebstähle mit Zahlungen an alle verhindert werden könnten. Seit der Französischen Revolution wird die Idee diskutiert, dass alle an den Früchten der Welt teilhaben sollten. Deshalb müsste vom Staat eine Sozialdividende als Grundeinkommen an alle ausbezahlt werden. Seitdem ist diese Diskussion weltweit immer wieder aufgegriffen worden. Text: Philipp Catterfeld

In den USA entwickelte Milton Friedman 1962 die Idee einer negativen Einkommensteuer. Er hoffte mit dieser Steuer Armen einen Anreiz zu geben, trotz Sozialhilfe wieder eine Arbeit aufzunehmen. Die Zuzahlung zum Einkommen ist variabel. Jedes zusätzliche Einkommen schmälert die Sozialhilfe, aber vom zusätzlichen Einkommen bleibt unterm Strich mehr übrig. Es gibt keine Armutsfalle. Gleichzeitig versprach er sich eine Reduzierung unnötiger Bürokratie. US-Präsident Lyndon B. Johnson ließ 1967 eine Kommission einrichten, die sich mit dem bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigte. 1968 unterzeichneten dann mehr als 1.000 Ökonomen eine Petition, in der sie den Kongress aufforderten, eine negative Einkommensteuer einzuführen. Zu Testzwecken wurden mehrere Modellprojekte durchgeführt, bei denen alle armen Familien Bürgergeld bekamen. Tatsächlich nutzten die Bürger das Geld überwiegend sinnvoll. Nur wenige hörten zu arbeiten auf. Dadurch, dass alle, Frauen wie Männer, gleichmäßig abgesichert waren, trennten sich etwas mehr Paare als zuvor: Die Frauen konnten selbstständiger entscheiden. Kinder, deren Mütter dank des Grundeinkommens zu Hause blieben, konnten besser lesen. Trotz der vielen positiven Effekte wurde die Idee eines unbedingten Grundeinkommens nicht weiterverfolgt. Der Bevölkerung konnte einfach nicht vermittelt werden, dass jemand Geld bekommt, ohne dafür zu arbeiten. Die Angst, dass der Arbeitswille einer ganzen Generation unterminiert wurde, bremste das Projekt aus. Statt eines echten Grundeinkommens wurde dann der Earned Income Tax Credit eingeführt, der auch heute noch existiert. Er besteht – gemäß dem Modell der negativen Einkommensteuer – aus einer Steuerrückzahlung, die abhängig von der Anzahl der Kinder für Niedrigverdiener ausbezahlt wird. Für eine Familie mit zwei Kindern und mit einem Einkommen zwischen 12.000 und 15.000 Dollar im Jahr schießt der Staat 4.700 Dollar dazu. Anders als bei der negativen Einkommensteuer bekommen aber Familien, die weniger verdienen nicht mehr, sondern weniger Geld. Auf diese Weise werden Eltern dazu gezwungen, zumindest irgendein Job anzunehmen, selbst wenn dieser sehr schlecht bezahlt und der Job allein nicht Existenz sichernd ist. Zusammen mit dem Earned Income Tax Credit soll das Geld dann reichen. Die Unternehmen freuen sich: Sie brauchen weniger zu zahlen, als die Arbeitnehmer zum Überleben brauchen. Der Earned Income Tax Credit stellt also einen Lohnzuschuss in Form eines Kombilohns dar.

Neben dem Earned Income Tax Credit gibt es in den USA auch noch ein anderes dauerhaftes Projekt. Der Alaska Permanent Fund wurde 1975 durch einen Volksentscheid eingerichtet. Er wird aus den Erlösen der Ölförderung gespeist. Mittlerweile beträgt sein Wert fast 40 Milliarden Dollar. Seit

1982 beziehen alle Bürger, die dauerhaft in Alaska wohnen, eine jährliche Dividende, die 2008 mehr als 2.000 Dollar betragen hat. Diese Sozialdividende ist also unbedingt, aber nicht existenzsichernd. Das Projekt zeigt, dass staatliche Gemeingüter nicht privatisiert werden müssen: Der Staat kann öffentliche Güter sinnvoll verwalten und die Erlöse der Öffentlichkeit zukommen lassen. Dass die Bürger damit abhängiger von den Interessen der Wirtschaft werden, darauf weisen die Simpsons in ihrem Kinofilm „Die Simpsons“ hin. Nachdem die Familie Kanada durchquert hat um sich in Alaska niederzulassen, begrüßt sie der Grenzposten: „Willkommen in Alaska! Hier haben sie 1.000 Dollar!“ und überreicht das Geld. Als Homer ihn fragt, wofür er das Geld bekommt, antwortet er: „Wir zahlen jedem Einwohner eine Prämie, damit die Ölkonzerne die Naturschönheiten unseres Landes zerstören dürfen!“

Seit den 90ern gibt es auch in Europa verschiedene Gruppierungen, die die Idee des Grundeinkommens forcieren. Der Gründer des Basic Income European Networks, das sich mittlerweile zu Basic Income Earth Network weiterentwickelte, ist der Belgische Philosoph und Ökonom Philippe Van Parijs. Er veröffentlichte 1991 den viel beachteten Aufsatz „Why Surfers should be fed“. Hier argumentiert er, dass es Gemeingüter gibt, die eigentlich der Gesellschaft gehören und deren Nutzung allen zum Vorteil gereichen soll. Ähnlich wie bereits der britische Publizist Thomas Paine während der Französischen Revolution argumentierte, so sieht auch Van Parijs in Grund und Boden ein Gemeingut. Darüber hinaus hält er eine Steuer auf Kulturtechniken für legitim: Von der Erfindung der Schrift und des Rads bis zur Erfindung des Grundeinkommens – alle nutzen solche Ideen, die unsere Gesellschaft hervorbracht hat. Wieso sollte nicht darauf eine Steuer erhoben werden, die an alle ausbezahlt wird? Eine solche Argumentation könnte noch weiter geführt werden: Vergleicht man das Bruttosozialprodukt verschiedener Länder, dann zeigen sich erhebliche Unterschiede, die auch für unterschiedliche Chancen stehen, Einkommen zu erzielen. Sie ergeben sich nicht alleine aufgrund von individuellem Fleiß – es ist auch die Gesellschaft, die die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg durch ein funktionierendes demokratisches System, durch soziale Sicherheit und durch das Bildungswesen erst schafft. Auch dieser Ländervorteil könnte als Grund angeführt werden, eine Steuer zu erheben, die an alle ausbezahlt wird.

In Brasilien kämpft der Abgeordnete Eduardo Suplicy seit 1991 für die Einführung eines Grundeinkommens. 2004 war es dann so weit: Der brasilianische Präsident Luis Inacio Lula da Silva erließ ein Gesetz zur schrittweisen Einführung eines Grundeinkommens. Augenblicklich ist es als Bolsa familia, als Familienstipendium konzipiert. In ihm sind einige andere Sozialprogramme zusammengefasst worden. Ein Viertel der 187 Millionen Brasilianer kann mit einer Plastikkarte ihre monatliche Unterstützung bei einer öffentlichen Bank abholen. Ein Single bekommt weniger als ein Drittel des brasilianischen Mindestlohns. Erst von einer Familie mit zwei Kindern wird der Mindestlohn erreicht. Bei Familien wird die Bolsa familia an die Frau im Haushalt ausbezahlt. In Brasilien gibt es keine Pflicht zu arbeiten. Der Erhalt des Grundeinkommens ist aber daran gebunden, dass die Kinder in die Schule gehen und geimpft werden.

Auch in Namibia wurde das Grundeinkommen in einem Pilotprojekt getestet. Alle Bewohner der Doppelgemeinde Otjivero/Omitara, die keine Rente bezogen, erhielten während der Jahre 2008 und 2009 ein Grundeinkommen. Monatlich wurden an 930 Bewohner 100 Namibia-Dollar ausbezahlt, das entspricht umgerechnet etwa 10 Euro. Gleich zu Beginn wählten die Einwohner ein Bürgerkomitee, das die Bewohner dabei beriet, ihr Geld sinnvoll auszugeben. Dieses Komitee brachte die Kneipenbesitzer dazu, dass sie am Auszahlungstag keinen Alkohol auszuschenken. Das Projekt hat also gleich zu Beginn zu ehrenamtlicher Tätigkeit geführt. Schon nach wenigen Monaten veränderte sich die Lebenssituation der Menschen in Otjivero/Omitara spürbar: Die Einwohner brauchten das Geld für ihre Ernährung, den Rest verwendeten sie für andere nützliche Dinge, wie Schulgeld oder -uniformen. Doppelt so viele Kinder gingen in die Schule. Offizielle Berichte bestätigten dies: Mehr als die Hälfte der Bewohner erlitt nun keinen Nahrungsmangel mehr – vor dem Experiment war nur ein Fünftel der Bewohner davor sicher. Am Ende des Experiments zeigte sich, dass das Wildern

von Antilopen und der Diebstahl von Heizmaterial zurückgingen. Die Kinder waren besser ernährt und fehlten seltener in der Schule. Junge Frauen brauchten sich nicht mehr prostituieren. Nachdem die letzte Zahlung für Dezember 2009 angesetzt war, wurde eine Überbrückungshilfe in Höhe von 80 Namibia-Dollar pro Monat eingeführt um die Bewohner nicht in die Armut zurückfallen zu lassen, die sie vor dem Experiment erleiden mussten. Die Koalition für ein Bedingungsloses Grundeinkommen in Namibia, die Kirchen-, Arbeiterorganisationen und weitere Nicht-Regierungs-Organisationen umfasst, empfiehlt nun, dass das bedingungslose Grundeinkommen landesweit eingeführt wird. Finanziert werden könnte es durch den Abbau von Diamanten, von dem im Augenblick nur wenige im Land profitieren. Insgesamt könnte das Projekt dazu führen, dass sich die Entwicklungszusammenarbeit stärker auf die Förderung von allen Individuen konzentriert, anstatt über herkömmliche Projektfinanzierungen in den Taschen weniger zu verschwinden.

Auch in Deutschland tut sich einiges in Sachen Grundeinkommen. 2007/2008 haben sich die Wirtschaftsweisen mit dem Thema beschäftigt. Vor kurzem wurde eine Petition zum Grundeinkommen im Bundestag verhandelt. In den meisten Parteien gibt es Befürworter und Gegner. Ein prominenter Befürworter ist der ehemalige Innovationsminister Nordrhein-Westfalens Andreas Pinkwart von der FDP. Das Modell der FDP heißt liberales Bürgergeld: Es handelt sich dabei um eine negative Einkommensteuer. Da dabei allerdings die Abschaffung des bisherigen Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung im Raum steht, könnte dieses Bürgergeld vor allem die Arbeitgeber entlasten. Dagegen ist die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping (Die Linke) für ein Grundeinkommen, das als Ergänzung zu den bisherigen sozialstaatlichen Leistungen eingeführt wird. Hier steht der Unverteilungsaspekt im Vordergrund.

Wie man sieht, das Bürgergeld steckt voller Möglichkeiten für alle, überall.